

Liebe zu seinen verfolgten Brüdern hat ihm dabei ebenso die Feder geführt wie das Verantwortungsbewusstsein des redlichen Historikers. Jiddisch war die Sprache seiner ersten Bände und seines letzten in Berlin publizierten: *Jiddisch-Gedichte. Tagebücher eines Ostjuden* nannte er ein autobiographisches Werk, an dem er bis zuletzt, bis zu dem Augenblick arbeitete, in dem er seinem Schaffen ein Ende setzte. Dem einstigen Schüler der Jeschiwa von Mir hätte man ein anderes Leben und Sterben gewünscht.

Wulfs einsame Grösse blieb nicht ungeehrt. Schon 1961 zeichnete ihn der Zentralrat der Juden in Deutschland mit dem Leo-Baeck-Preis aus. Die Internationale Liga für Menschenrechte verlieh ihm 1964 die Carl-von-Ossietzky-Medaille, die Berliner Jüdische Gemeinde 1967 den Heinrich-Stahl-Preis. Im gleichen Jahr erhielt er in Venedig die Plaque Lion de St. Marc. Besondere Freude empfand er über die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät der Freien Universität zu Berlin am 19. Januar 1970, dem 25. Jahrestag seiner Flucht vom Todesmarsch aus Auschwitz. In der Urkunde, die der damalige Dekan Prof. von Simson ausfertigte, wurde er als »unermüdlicher Ankläger der Greueltaten totalitärer Herrschaft, ... als gelehrter Kenner jüdischen Kulturguts« gerühmt. »Der Schriftsteller und Privatgelehrte, der Sammler und Forscher«, den die Freie Universität ehrte, ist nicht mehr – nicht mehr der glühende Jude, der durch keine Fesseln der Konvention zu hemmen war, nimmer der Mann, der ein Meister der Treue und Freundschaft war.

Nach dem Tod seiner über alles geliebten Frau Jenta im August 1973 war er wie verwandelt. Wer vermag es zu erraten, ob dieser Schicksalsschlag mit Grund dafür war, dass er sein Leben und damit sein Kämpfen aufgab. Aber sein Werk ist uns Verpflichtung. Dem Mann und Freund, dem Kämpfer und Gelehrten wollen wir ein dankbares Gedächtnis bewahren.

Veröffentlichungen

Warschau 1939: Kritische Miniaturen (jiddisch)
Buenos Aires 1948: J. L. Perez (jiddisch)
Berlin 1955: Das Dritte Reich und die Juden
Berlin 1956: Das Dritte Reich und seine Diener
Berlin 1959: Das Dritte Reich und seine Denker
(diese drei Bände gemeinsam mit Léon Poliakov)
Berlin 1961: Das Dritte Reich und seine Vollstrecker – Die Liquidation von 500 000 Juden im Ghetto Warschau
Bonn 1958: Vom Leben, Kampf und Tod im Ghetto Warschau
Berlin 1960: Die Nürnberger Gesetze
Berlin 1960: Heinrich Himmler
Bonn 1962: Lodz – das letzte Ghetto auf polnischem Boden
Gütersloh 1962: Martin Bormann – Hitlers Schatten
Gütersloh 1963: Aus dem Lexikon der Mörder – »Sonderbehandlung« und verwandte Worte in nationalsozialistischen Dokumenten
Gütersloh 1963: Die Bildenden Künste im Dritten Reich
Gütersloh 1963: Musik im Dritten Reich
Gütersloh 1963: Literatur und Dichtung im Dritten Reich
Gütersloh 1964: Theater und Film im Dritten Reich
Gütersloh 1964: Presse und Funk im Dritten Reich
Berlin 1964: Jiddisch-Gedichte aus den Ghettos 1939–1945
Paris 1968: Raoul Wallenberg – il fut leur espérance (erweiterte und überarbeitete Ausgabe einer 1959 in Berlin erschienenen Studie über Wallenberg)
Paris 1970: L'Industrie de l'Horreur (Geschichte der Organisation der SS)

11 Christen in Israel

Zur Lage einer Minderheit im Heiligen Land

Klarstellung einiger Tatbestände

Von Gabriel Grossmann OP, St. Jesaja-Haus des Predigerordens, Studienhaus für Judaistik, West-Jerusalem*/**

Diesen Beitrag verdanken wir Gabriel Grossmann OP. Auf ausdrücklichen Wunsch (s. u., und u. S. 84) nimmt er Stellung zu einem Kurzbericht der KNA, den wir nachstehend bringen wie auch die mittlerweile erfolgte Stellungnahme der KNA (s. u. S. 84 f.).

Zu unserem Bedauern ist es wegen des schon begonnenen Umbruchs des FR und aus Raumgründen nicht möglich, die 22 Seiten umfassende Stellungnahme zu dem Kurzbericht der KNA (s. u.) hier vollständig wiederzugeben.** Wir bringen sie daher gekürzt, verweisen manches in den Anmerkungs- und stellen ihr den KNA-Bericht voran. Dieser zeigt, wie weitgehend unbekannt die von Gabriel Grossmann dargelegten Tatsachen sind, was vielfach hinsichtlich gerade dieser Thematik zu entstellter Berichterstattung Anlass ist. Wir möchten daher der Objektivität der Berichterstattung über »heisse Eisen« auch im allgemeinen damit dienen.

Der Bericht der KNA stützt sich auf verschiedene Informationen (s. u., sowie S. 84). KNA hat in ihrem Informationsdienst zu der Darstellung von Gabriel Grossmann Stellung genommen (s. u. S. 84) [D. Red. d. FR].

»Als ein seit über acht Jahren in Jerusalem ansässiger Theologe und Geschichtsforscher erhielt ich dieser Tage mit der Bitte um Stellungnahme den folgenden Text eines Kurzberichtes der »Katholischen Nachrichten Agentur« (KNA [XXIV/4]), Bonn, 22. 1. 1976, S. 5. ... Als Priester eines Ordens, der sich »Veritas« zur Devise erkort, komme ich einer dringenden Gewissenspflicht nach, wenn ich hiermit die hiesige Sachlage anhand besserer Belege schildere, als dies dem KNA-Bericht gelang. Überhaupt wäre religiös betonte Information, wenn sie das Heilige Land betrifft, mit äusserster Vorsicht zu überprüfen: Vielleicht erweist sich deren Quelle als jüdischen Menschen gegenüber mit Vorurteilen belastet? Dann wäre deren Verbreitung in jenem Sprachraum kaum harmlos, dessen zeitgenössische Geschichte uns ja vor Augen führte, wo für Juden ein Weg endet, der mit Ehrabschneidung beginnt ...«

Vorbemerkungen

Des Berichtes Anonymität

Etwa ein Drittel des Textumfangs ergibt sich aus mindestens 6 Aussagen, bei denen gar keine Informationsquelle zu erkennen ist. Demgegenüber führen 7 Stellen untereinander grundverschiedene Kollektive an; nirgends aber wird eine Person weder namentlich bezeichnet noch hinreichend angedeutet. Zwischen »Landeskennern(n)« (Zeile 47 [s. u. S. 77]) und »westliche(n) Touristengruppen« (Z. 6 [a. O. S. 77]) – welch eine Diskrepanz! Ob die »Priester() in Israel, die ihre Studien in (Europa) absolviert (haben)« (Z. 11 [u. S. 77]) zugleich im Sinne von Zeile 37 »einheimische() Priester« sind, ist nicht ausgemacht. In Z. 5 [s. u. S. 77] wird »in Israel lebenden Bischöfen« eine »Ansicht« zugeschrieben, die ich zuletzt in einer nordeuropäischen katholischen Zeitung vom 26. 11. 1975 las: dort gehört sie, wahrscheinlich laut KIPA-Bericht, dem privaten Brief eines, bekanntermassen jahrelang antiisraelisch tätigen Erzbischofs aus Ost-Jerusalem an; stellte sich beim KNA-Hinweis ein Pluralis Majestatis ein? Wozu war es ferner nötig, »Regierungskreise in Israel« (Z. 33 [s. u. S. 77]) zu bemühen, um einen Aussagegehalt zu ermitteln, der auch ohne sie vollends erhärtet werden kann? Dank deren Heranziehung wird er aber als unglaublich dahingestellt. »Augenzeugen()« (Z. 23 [s. u. S. 79]) sind allerdings berechtigt, sich zu äussern.

Laut Abs. 1–3 KNA-Bericht soll die Lage der »christlichen Minderheiten«, der »arabischen Christen« im »Hl. Land«, dem Staat Israel« beschrieben werden. Gerade den an Ort und Stelle informierten Leser verwirrt eine solche Kennzeichnung.

* Der Titel des Originalbeitrags von P. Gabriel Grossmann OP lautet: »Zur Lage der Christen in Israel. Klarstellung einiger Tatbestände.«

** Alle Rechte vorbehalten. Jegliche vollständige Veröffentlichung gestattet; Abänderungen, Kürzungen u. ä. sowie Auszüge nur mit ausdrücklicher Genehmigung von Dr. Gertrud Luckner, Freiburger Rundbrief, für den deutschen Sprachraum; – in Israel jedoch sowie Übersetzungen in allen Ländern nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verfassers.

1 Rund 50 000 Christen haben nach Schätzungen von gut informierten Beobachtern seit dem
2 Ausbruch der Kämpfe im Libanon das Land verlassen [u. S. 78]. Weniger spektakulär vollzieht sich
3 der *Auszug der Christen*, vor allem der Intelligenz und der Facharbeiter, aus dem »Hei-
4 ligen Land« [u. S. 78], dem Staat Israel.
5 Heilige Stätten ohne Christen, das ist nach Ansicht von in Israel lebenden Bischöfen [o. S. 76] keine
6 Utopie mehr. Westliche Touristengruppen, die sich ausser dem See Genezareth und dem
7 Ölberg auch für die *aktuelle Situation der Christen* interessieren, wird immer deutlicher:
8 Die katholische Kirche muss sich stärker für die christlichen Minderheiten einsetzen; sonst
9 könnten die Heiligen Stätten und das Land, in dem Jesus gelebt und gewirkt hat, bald ohne
10 Christen sein.
11 Von Priestern in Israel, die ihre Studien in Rom und Paris absolvierten [s. u. S. 76] und nicht in die
12 Touristenbetreuung, sondern in die pastorale Arbeit an arabischen Christen gegangen sind,
13 wird immer schärfer formuliert: Finanzielle Mittel sollten weniger in die Heiligen Stätten
14 als vielmehr in christliche Gruppen und Gemeinschaften investiert werden. Das entspreche
15 der Forderung des Evangeliums, der Erfordernis der Zeit sowie der Lehre des Zweiten
16 Vatikanischen Konzils. Lediglich Hilfe aus dem Ausland könne die Situation verbessern,
17 denn der Staat Israel sei nicht in der Lage und nicht gewillt, die Situation entschieden zu
18 verbessern [s. u. S. 79].
19 Die unterschiedliche Situation wird auf dem Land besonders deutlich: Während alle israel-
20 elischen Siedlungen über ausreichende Wasser- und Stromversorgung verfügen, leben noch
21 viele arabische Dörfer wie vor 50 und 100 Jahren. Hilfe, die Israel aus dem Ausland er-
22 hält, wird gezielt nur jüdischen Siedlungen vermittelt [u. S. 82]. Als besonders *diskriminierend* in
23 ihren Auswirkungen wird in den Augenzeugenberichten die *Schulsituation* bezeichnet.
24 Lehrer für die arabische Minderheit würden nach ihrem Verhältnis zum Staat Israel und
25 weniger nach ihrer Leistung ausgesucht [s. S. 81 f.]. Die im Unterricht verwendeten Bücher und an-
26 deren Materialien seien so minderwertig im Vergleich zu dem Angebot in den israelischen
27 (jüdischen) Klassen, dass kaum ein christlicher Araber die Chance besitze, eine der Hoch-
28 schulen des Landes (Numerus clausus [s. u. S. 81]) zu besuchen.
29 Immer stärker machen daher auch arabische Christen von der Möglichkeit Gebrauch,
30 *Stipendien aus dem Ostblock* (vor allem Lumumba-Universität in Moskau [s. u. S. 78]) anzunehmen.
31 Der Westen bietet zu wenig Studienplätze; vielfach sind die Anforderungen zur Aufnahme
32 des Studiums im Westen zu hoch.
33 Regierungskreise in Israel, die auf diese Situation hin angesprochen werden, verweisen auf
34 die *gesellschaftlichen Probleme*, die sich auch bei den Juden selbst aufgrund der Einwän-
35 derung und des höchst unterschiedlichen Bildungsstandes ergeben hätten. Solange Israel
36 *aussenpolitisch bedroht* werde, könnten diese Unterschiede im Innern kaum beseitigt werden.
37 Die Kirchen könnten jedoch nach Meinung einheimischer Priester einen Beitrag leisten,
38 indem sie die christlichen Gemeinschaften – und mit ihnen die arabischen Dörfer, die kaum
39 auf einer israelischen Landkarte zu finden sind – unterstützen. Als vorrangige Förderungs-
40 massnahmen werden genannt: Einrichtung von Bibliotheken; Errichtung von Jugendheimen
41 und Gemeinschaftszentren sowie Bildung von Jugendorganisationen; Abendkurse für Jugend-
42 liche und Erwachsene [s. u. S. 79].
43 Friedliche Beziehungen zwischen Juden und Arabern hängen weitgehend davon ab, ob einzel-
44 ne diskriminierende Massnahmen aufgehoben und *gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen*
45 vorgesehen werden. Zur Zeit ist dieses Ziel noch weit entfernt, denn »Sicherheitsgründe«
46 werden überall vorgeschoben, wenn ein Araber auf seine Rechte hinweist [s. u. S. 82].
47 Israel teilt seine Bevölkerung, wie Landeskenner hervorheben, in mindestens zwei Klassen
48 ein, obwohl die im Land lebenden Araber – auch in Zeiten militärischer Auseinander-
49 setzungen – sich meist loyal verhielten. – Wer als Araber das Land für eine Auslandsreise
50 verlässt und einen Pass beantragt, erhält die *Klassifikation* »2« [s. u. S. 80, 83 f.].

^{*} Wegen der zahlreichen Zeilenverweise in G. Grossmanns Beitrag ist der KNA-Bericht so abgedruckt, wie auch im Original die Zeilen verlaufen. Die vor den Zeilen stehenden laufenden Zahlen von 1 bis 50

sollen zur besseren Zeilenfindung bei den Zeilenverweisen beitragen [Anm. d. R. d. FR].

Völkische Gleichsetzung: Aus Abs. 3 [s. o.] des KNA-Berichtes gewinnt der unbefangene Leser den Eindruck, so gut wie alle im Staate Israel befindlichen Christen (d. h., über 73 000 Ende 1969 und 83 000 Ende 1973) seien Araber¹; und Priester, denen es am guten Willen mangle, sich arabischen Christen zu widmen, könnten allenfalls Touristen (»Pilger!«) betreuen. Dem muss ich schärfstens widersprechen...

Die politische Lage des Landes bringt es mit sich, dass die diplomatischen Vertretungen fremder Staaten sowie verschiedene Instanzen der Vereinten Nationen hier einen verhältnismässig zahlreichen Stab von Mitarbeitern unterhalten.

Viele sind darunter recht froh, in ihrer Muttersprache geistlich betreut zu werden: So konnte jüngst eine Gruppe

peruanischer UNO-Soldaten im Hl. Lande den Abschluss des Taufunterrichts und die Spendung des ersten Sakraments erleben.

Keinesfalls darf der weltkirchlichen Aufgaben vergessen werden, die bei bunter Vermengung der Nationalitäten betrachtende Gemeinschaften oder Bibelforschungs- und -lehrinstitute hierzulande wahrnehmen.

Sodann verbleibt der Laienstand der ortsansässigen Christenheit. Trifft es überhaupt zu, dass diese schlichtweg »arabisch« zu nennen sei? M. E. fährt man besser, wenn man das »Arabische« hierzulande als einen kulturell und politisch einenden Faktor, nicht aber als eine ethnisch einheitliche Grösse ansieht; das »Palästinensische« hingegen, auf dieses Land bezogen, mag wohl eine Nation gebären.

In der Jerusalemer Altstadt besiedeln Armenier ein ganzes, nach ihnen benanntes Viertel. Ihre Liturgie begehen sie auf armenisch; nur auf der Strasse sprechen sie arabisch. Wäre es nicht fehl am Platze, sie als christliche »Arabier« anzusprechen?

¹ Der KNA-Bericht scheint die Lebensumstände der christlich-arabischen Staatsbürger Israels, also der überwiegenden Mehrheit der Christen im israelischen Hoheitsgebiet, kennzeichnen zu wollen. Anscheinend sind alle christlichen Konfessionen, namentlich die ostkirchlichen, dabei miteinbezogen.

Statistisch gesehen verhält es sich wie folgt: Im Verhältnis zur nichtchristlichen Bevölkerung beläuft sich die christliche auf keine 3 %. In relativen Werten übersteigt die Zahl der »nicht arabischen« christlichen Landesinsassen im Verhältnis zu ihren strenggenommen »arabischen« Glaubensbrüdern den angeführten Satz um einiges. (Eine israelische Schätzung bemisst sie für 1970 auf knappe 20 %; das kommt mir dennoch hochgegriffen vor.) Man sieht es also: Verdient jene Minderheit, die Christen im Lande, Beachtung, dann gewiss doch auch in ihrer eigenen Mitte diese, verhältnismässig etliche Male stärkere Minderheit: die »nicht arabische Christenheit«. Ihr widmet sich denn auch eine Anzahl von Geistlichen. (Der sprachlichen Einfachheit halber möge in der Folge die Bezeichnung »Araber« für diejenigen hiesigen Christen gelten, denen das Arabische Mutter- oder Umgangssprache ist.)

Unter solchen Voraussetzungen verdienen noch zwei »nicht arabische« Christengruppen im Lande Erwähnung: einmal im jüdischen Siedlungsbereich hebräischsprachige Christen, in der Mehrzahl vollgültige und bewusste Staatsbürger Israels, doch nur z. T. jüdischer Herkunft²; sodann überhaupt solche westliche Christen, die sich dauerhaft hier niedergelassen haben oder doch für längere Zeit dem Dienst an der hiesigen Bevölkerung widmen. Beide Gruppen zeichnen sich ebenso durch breite geographische Streuung wie durch Aufteilung in verschiedene Konfessionen aus.

Statistisch-soziologische Bezeichnung: Der KNA-Bericht behandelt die hiesige Christenheit als eine mengenmässige, statistische, soziologische Grösse. Dem muss freilich so sein. Jedoch wird damit der europäische Christgläubige abermals hinters Licht geführt.

Auch in Europa wendet man die sog. religiöse Soziologie an; deren methodologische Begrenzungen sind bekannt. Hier aber sind Ausgangspunkt und Vorgehensweise völlig andere. In dieser Weltgegend bedeutet eine »Minderheit« nicht so sehr ein zahlenmässiges Mengenverhältnis wie vielmehr den Träger eines Rechtsstatus. Der christlichen Minderheit zugerechnet werden, heisst noch lange nicht, Christus dem Herrn im Glauben angehören. Die soziologische Betrachtung der Kirchgänger steht noch aus. Schon vor Jahrhunderten bauten die muslimischen Staatswesen eine innenpolitische Praxis erfolgreich aus; als die britische Mandatsgewalt im Auftrag des Völkerbundes die Nachfolge des osmanischen Reiches antrat, übernahm sie ein Gewohnheitsrecht, das auch für die israelische Republik bestimmend blieb. Betreffs solcher Angelegenheiten nämlich, die in Europa zum Ressort des Standesamtes gehören, verweist die jeweilige Staatsbehörde (ehedem das osmanische Reich u. ä., heute Israel) jeden auf seine Religionsgemeinschaft³, insbesondere, wenn er die Mehrheitsreligion (damals Islam, heute Judentum) nicht zur seinigen macht. Dementsprechend gab es Zeiten, zu denen religiöse Minderheiten auch in bürgerlichen und politischen Belangen durch ihr religiöses Oberhaupt vor der Staatsgewalt vertreten werden mussten; ein ähnliches System bestimmt im heutigen Libanon die Aufteilung der öffentlichen Ämter unter verschiedene Religionsgruppen. Dieses Verfahren trägt also bei weitem nicht von Haus aus diskriminierende Züge an sich.

Hierzulande gibt es demzufolge kein Standesamt. Daher fällt auch jegliche Möglichkeit aus, in öffentlich-rechtlich

gültiger Weise eine atheistische Ehe zu schliessen: Jeder mann muss irgendeiner Glaubensgemeinschaft angehören. Auch der KNA-Bericht bespricht »Christen« in dem Sinne eines rein soziologischen Merkmals, das auf einer negativen Definition fusst: »Christ« heisst jemand hierzulande nicht vom lebendig bekannten Glauben noch von der Taufe oder dem Kirchbesuch her, sondern einfach, weil er »kein Muslime und kein Jude und kein Samariter und kein ...« ist und sein will. Dieser »Christ« bildet den Ausgangspunkt für alle *statistischen Betrachtungen*; von ihm wird (Z. 29–30) erwähnt, er besuche die »Lumumba-Universität in Moskau«. Getauft ist er freilich. Wie es um seine Christenlehre gestanden hat, fügt keiner hinzu. Jüngst klagte mir ein Dorfpriester aus Galiläa, da und dort wohne bloss einer aus hundert Getauften der Sonntagsmesse bei. Zu den prominentesten unter den marxistischen Palästinenseranführern zählen Angehörige der »christlichen« Minderheit. – Selbstverständlich gibt es im Lande lebendige Gemeinden oder anders geartete, von echtem christlichem Geiste getragene Initiativen; aus persönlicher Anschauung kenne und bewundere ich einige ...

ZUR SACHE

Einleitend möchte ich die aufschlussreiche Bemerkung eines israelisch-christlichen Arabers, des Lehrers *Ibrahim Shabath*, anführen, der ich durchaus beipflichte. Er hält fest:

»Bis 1948 unterhielten fremde Mächte die hiesigen Araber in einem gehässigen und chauvinistischen Gefühl, dass sie die Mehrheit bilden. Plötzlich wurden sie zur Minderheit in einem mehrheitlich jüdischen Staat. Bis jetzt hat sich die neue Minderheit weder danach ausgerichtet noch daran gewöhnt; die heutige Mehrheit aber hat es noch nicht gelernt, ihre früheren Verhaltensweisen als eine Minderheit abzustreifen und auf die Minderheit in ihrer eigenen Mitte mit der vollen Verantwortung einer Mehrheit politisch einzugehen. Das stellt ein Problem dar. Um es zu lösen, setze ich auf konkrete Handlungen, Beharrlichkeit, Zeit!«

Seither wurde der ersehnte Faktor »Zeit« von zwei blutigen Kriegen durchkreuzt, und dennoch bleibt es dabei: Weltmächte schufen die Situation und schürten den Konflikt, dessen Lösung allein die praktischen und menschlichen Probleme jedes einzelnen hier erträglicher gestalten kann. Andererseits leben da Tag für Tag aufeinander angewiesene Gemeinschaften; jede politische Regelung setzt von der Anbahnung bis zur Durchführung voraus, dass sie in täglich besserem Einvernehmen im Rahmen des Möglichen konkret zusammenwirken.

Ein unnötig tragischer Hintergrund

Das soeben Erwähnte bestätigt freilich den Zusammenhang zwischen der Lage der Christen in Israel und politischen Konfliktsituationen in der weiten Welt, zumal in der näheren Umgegend. Ich hoffe aber sehr, dass zugleich mit dem mir vorliegenden Text der KNA-Informationsdienst den »Kämpfe(n) im Libanon« (Z. 2) einen eigenen ausführlichen Bericht widmete. Einmal um des Ernstes der Lage willen: Sie hat sich heute [10. 2. 76] jenseits der Grenze bloss zum Schein beruhigt. Sodann, weil der Vergleich hinkt, den eine solche Einleitung für unser Thema nahelegt.

Als mich der KNA-Bericht erreichte, wurde im hiesigen Fernsehen gerade berichtet, im Libanon durchstreiften über 100 000 obdachlose Flüchtlinge das Land; und es dürfte feststehen, dass mehr als die Hälfte Christen sind. Haben laut KNA-Bericht (Z. 1 u. 2) weitere »50 000 Christen« »das Land verlassen«, so lässt sich drüben z. Z.

² Elisabeth Hemker, Kirche in der Verkündigung in Israel, in FR XIX 1967, S. 61 f.

³ Vgl. Peter Schneider: Religiöse Strömungen im heutigen Israel, in: FR XV/Januar 1964, S. 59 ff. [Anmerkungen d. Red. d. FR.]

⁴ Meine Zusammenfassung aus: I. Shabath: »Der Reiche, der Arme und die Schlange« in: Les Temps modernes. Jg. 22, Nr. 253, BIS, Paris, 27. Mai 1967, S. 782–791.

die Zahl der christlichen Flüchtlinge auf mindestens 110 000 schätzen. Das sind ebenso viele wie *alle* Christen, gleichviel welcher Nationalität und Konfession, die im gesamten israelisch verwalteten Areal ungestört und im Frieden leben; die ausgebildeten Fachkräfte, die sich von hier aus (vgl. Z. 3) zur Auswanderung entschlossen, stehen dazu auch zahlenmässig in keinem Vergleich. Physische Sicherheit und ein Mindestmass an dem, was an täglichem Brot, Gesundheitspflege sowie Bewegungs- und Ausdrucksfreiheit dazugehört, ist Israel bereit und imstande, nicht allein den eigenen Christen, sondern zudem noch christlichen Flüchtlingen aus dem Libanon zu gewährleisten. Seit 3 Jahren wurde m. W. im ganzen Land nur ein Christ vorsätzlich von Juden ermordet; wie die gerichtliche Ermittlung ergab, stand der galiläisch-arabische Familienvater bei einer jüdischen neu eingewanderten Familie im Verdacht, er habe mit deren Familienmutter ein Verhältnis. Der Hintergrund dieses extremsten Falles ist also ein ganz anderer als der einer Religionsverfolgung oder auch bloss einer völkischen Diskriminierung. Verfolgungen aus Rassenwahn förderte *anderer* Staaten Gesetz, auf der Strasse angeschossen wurden Christen *jenseits* der Grenze...

Eine bedrückende Passivität

Es stimmt durchaus: Zur Förderung der arabischen Christenheit ist ein Doppeltes erforderlich, und der KNA-Bericht bringt das deutlich zum Ausdruck. Ohne gezielten Einsatz qualifizierter Menschen einerseits und nicht unbeträchtlicher Geldsummen andererseits läuft die örtliche Christenheit Gefahr, wenn schon nicht abzuwandern, so doch sich innerlich auszuhöhlen.

Woher wird aber laut dem Bericht der Beistand erwartet? »Finanzielle Mittel sollten ... investiert werden. ... Lediglich Hilfe aus dem Ausland könne die Situation verbessern« (Z. 12–13 u. 16). An *Selbsthilfe* der örtlichen Kirchen wurde offenbar nicht gedacht. Dabei verfügen die grössten unter ihnen, so die römisch-katholische lateinischen und griechischen Ritus, die griechisch-orthodoxe und die armenisch-gregorianische (zusätzlich zu den Heiligen Stätten und deren Einkünften) über den grössten Grund- und Mietshausbesitz im Lande. Der jüngst zum Rücktritt gezwungene Bischof J. Raya⁵ veräusserte hier von beispielhaft einiges frohen Herzens um der Ärmsten willen. Mehrerer Kirchen Grundbesitz stammt überhaupt aus Kolonialzeiten: böte sich da nicht etwa eine schöne Gelegenheit, mit dem »II. Vatikanum()« (Z. 15–16) dem Geist zu vertrauen und für den Dienst an den Armen im Lande alles frei zu machen? Damit wüchse zugleich die Berechtigung eines Appells an die Weltchristenheit und an Ort und Stelle die Glaubwürdigkeit des Evangeliums.

Gemeinsame Selbsthilfe unter Christen, etwa durch Bildung von Genossenschaften oder nötigenfalls kirchlich verbürgte Darlehen, hätte schon damals verhüten sollen, dass Hebronener Muslimen die Geschäftsstrasse im sog. »Christlichen Viertel« der Jerusalemer Altstadt aufkaufen. Ähnliche Wege hätte man in der arabischen Peripherie Jerusalems beschreiten sollen. Behördlichen Enteignungen sowie privaten Spekulationen mit arabischen Grundstücken wären damit engere Grenzen auferlegt worden. Im eng bemessenen Wohnraum innerhalb der Altstadtmauern pfercht ein enormer Geburtenüberschuss immer schlimmer arabisch Familien zusammen; jedoch bedarf es vielleicht einer gemeinschaftlichen Initiative, um zugunsten derselben ein grosszügiges Bauprojekt zu errichten.

Auch »der Staat Israel« (Z. 17) sollte etwas tun, meint

der Berichterstatte. Freilich gibt dieser nicht klar zu erkennen, ob es ihm bloss um Kritik an Israel geht oder ob er über seine Enttäuschung hinaus dennoch weiterhin Hoffnungen hegt. Dass dem »Staat Israel« eine Aufgabe obliegt, steht ausser Frage; ob und wie er sie erfüllt, das wird noch zur Sprache kommen [s. u. S. 82]. Dennoch leuchtet nicht ein, warum dieser nun einmal jüdische Staat ausgesprochen »christliche(n) Gruppen und Gemeinschaften« (Z. 14) von Haus aus finanziell wirksamer unter die Arme greifen müsste, als es muslimische Staatswesen oder sogar eine christliche Mandatsgewalt und Weltmacht je vollbrachten.

Irrig wäre es ferner, für den Schulbetrieb im arabischen Landesteil dem Staat die ganze Verantwortung anzulasten; und dies aus folgendem, ganz einfachen Grunde. Beispielsweise im Schuljahr 1972/1973 zählte das arabische Schulwesen 133 000 Schulkinder; von diesen besuchten 9600 Christen staatliche Schulen, weitere 9800 aber (also im Verhältnis 50,5 %!) private, d. h. grösstenteils kirchliche, bei denen der Staat kaum mitzureden hat. Welch ein ausgezeichnete Anlass wieder einmal zur *Selbsthilfe*: in der Aufstellung von Programmen, der Verbesserung der »Materialien« (Z. 26), der Erziehung zur Annäherung zwischen den Gemeinschaften (vgl. Z. 43) wie auch zur Leitung von »Bibliotheken«, »Jugendheimen« u. ä. (vgl. Z. 40–41)! Ist denn mit Geld allein hierbei alles getan? »Hilfe aus dem Ausland« (Z. 16) in Gestalt einer Zuwanderung von geschulten erzieherischen Kräften kann wohl nur in beschränktem Umfang erwartet werden: wer als Ausländer sich hierzu berufen fühlt, muss erst die arabische Sprache erlernen, es sei denn, er kommt aus benachbarten Staaten, was Israel zu Erziehungszwecken gestatten würde.

Die im KNA-Bericht angeführten »Augenzeugen« der »Schulsituation« (Z. 23) sind beider Sprachen, der arabischen und der hebräischen, mächtig und mit beiden Schulsystemen vertraut: sonst könnten sie schwerlich einen »Vergleich« zwischen beider »(Schul)bücher(n)« (Z. 25–26) anstellen. Eine Einfuhr von Schulbüchern aus arabischen Ländern wird nicht erwogen; wahrscheinlich stellte sie keine Lösung dar. Verschwiegen wird, dass auch bei hebräischen Lehrbüchern nicht alle die besten sind; immerhin wird an der Hebung ihres Niveaus ständig gearbeitet. Leider sagt der Bericht nichts darüber aus, ob erwähnte »Augenzeugen« etwas *tun*, um bessere arabische Schulbücher vorzubereiten, sie von der Unterrichtsbehörde genehmigen und sie drucken zu lassen. Tadellos sorgfältige Arbeit, dennoch billig, leisten mehrere christliche Druckereien im Lande.

Freilich kann in bezug auf Erziehungswesen *Selbsthilfe* nicht alles lösen. Ausbleiben aber darf sie in einem Land nicht, dessen arabischer Bevölkerungsteil knapp 15 Jahre zum *Durchschnittsalter* hat.

Ebensosehr haben arabische Ärzte den Entschluss selber zu fassen, auf dem Land zu leben und in den Dörfern zu wirken. – Was nun einen anderen Lebensbereich angeht: Beim Urnengang zwar sind die arabischen Bürger wahlfreudig. Dennoch steht die politische Erziehung noch aus, die Jugend und Erwachsene dazu heranbildete, hierin keinen Schlusspunkt zu erblicken: eine verantwortliche Wählerschaft muss ihre Stadträte, Bürgermeister und Parlamentarier bezüglich ihrer tatsächlichen Leistung für die Bevölkerung zur Rechnung ziehen lernen. Einen solchen Vorgang kann und will Israel bestimmt nicht hindern. Sollten die gewählten Vertreter des Volkes versagen, dann hat allerdings ein Bischof aufzustehen und für es sogar vor den Staatsbehörden einzutreten; auch das tat noch jüngst Mgr. Raya [vgl. o. Anm. 5].

⁵ Vgl. FR XXVI/1974, S. 84 (Anm. d. Red. d. FR).

Der KNA-Bericht schweigt bezüglich schon bestehender Ansätze zur Selbsthilfe... So finden die freilich bescheidenen Anfänge der Bethlehemer Universität ebensowenig Erwähnung wie die Krankenpflegerinnenschule in Nazareth, die schon bemerkenswerte Erfolge gezeitigt hat und deren Niveau dasjenige einiger ähnlicher jüdischer Institutionen erreicht oder überbietet.

Besonders für innerkirchliche Anliegen sind Selbstbesinnung und Selbsthilfe dringlich und unerlässlich. Kann man in der BRD, zumal nach dem II. Vatikanum, ermessen, wie es um diese oder jene der Ortskirchen hier bestellt ist, wenn sie das Wort so gut wie nicht mehr hört? Damit meine ich folgende zwei oft bezeugte Tatbestände.

Aus der Liturgie höchster christlicher Feiertage streichen Pfarrer nach Gutdünken, vermeintlich wegen politischer Belastung, die alttestamentlichen Lesungen. Das Volk zu unterweisen, wie diese zu verstehen sind, vermögen die wenigsten.

In vielen Gemeinden gehört es zum guten Ton, wenn nicht gar zur kirchenrechtlichen Verpflichtung, die Predigt in arabischer Schriftsprache zu halten. Weder dem Prediger ist sie aber geläufig, noch versteht sie das gläubige Volk. Die Liturgie in klassischer Sprache zu begehen, hat der Pfarrer gelernt. Manch einer, der mit einem Wort der Predigt vom Evangelium her die Herzen seiner Pfarrkinder rühren könnte, wird, hat er sich nicht auch sprachlich eigens darauf vorbereitet, lieber schweigen, als das Wort Gottes in der Umgangssprache, der heutigen galiläisch-arabischen Mundart, verkünden...

*Eine Staatsbürgerschaft für Juden und Nichtjuden**

Jedermann steht ein israelischer Ausweis zu, sobald die Behörde den ständigen Wohnsitz in Israel anerkannt hat; und jeder ins Ausland reisende Staatsbürger erhält einen israelischen Reisepass. Der Anspruch auf beide Papiere richtet sich nicht danach, ob man Jude ist oder einer völkischen bzw. religiösen Minderheit angehört; wohl aber danach, *wo* jemand hierzulande beheimatet ist. Und zwar entspricht die daraus hergeleitete Unterscheidung weitgehend dem internationalen Recht und zugleich den Wünschen der jeweiligen Gruppen:

a) Im Staatsgebiet von 1949 Beheimatete. Innerhalb des Hoheitsgebietes von 1949 wird die Staatsbürgerschaft jedem Einheimischen, selbstverständlich auch jedem Christen, fraglos zuerkannt und erteilt. Schon der Ausweis berechtigt seinen Träger, an Gemeinderats- bzw. Bürgermeisterwahlen teilzunehmen, auch Christen und Arabern wird das passive Wahlrecht bis in die Gewerkschaft und ins Parlament zuteil...

b) Ost-Jerusalem. Für den Insassen des seit 1967 zum israelischen Hoheitsgebiet dazugerechneten, östlichen Teils Jerusalems stellen der Besitz eines israelischen Ausweises sowie die Annahme der israelischen Staatsbürgerschaft ein Recht, nicht aber eine Pflicht dar. Wer die Staatenlosigkeit oder einen transjordanischen Ausweis vorzieht, der darf so verbleiben. Als die Zusammenziehung der beiden Stadtteile erfolgte, erging an die Ost-Jerusalem Stadträte das Angebot, in der einen Stadtverwaltung weiterhin, allerdings unter dem jüdisch-israelischen Bürgermeister, ihres Amtes im Stadtrat zu walten; sie schlugen den Antrag aus, oder m. a. W.: eigenmächtig legten sie das öffentliche Amt nieder, mit dem sie ihre damaligen Wähler beauftragt hatten, und zogen sich ins Privatleben zurück.

c) Golan und Sinai. Ein Sonderfall möge hier Erwähnung finden, bei dessen Bestimmung sich die geographische mit der völkischen Zugehörigkeit verbindet – obschon er Christen kaum betrifft. Seit eh und je christlich sind nämlich nur die wenigsten unter den Beduinestämmen im (altisraelischen) Negew und im Sinai; das Selbstverständnis der Drusen hingegen beinhaltet zugleich eine dem Islam verwandte Religion und eine so stark ausgeprägte Volksgemeinschaft, dass man von Bekehrungen zum Christentum nichts hört. Von solchen Volksteilen ist hier die Rede, deren Siedlungsgebiet, Sinaiwüste

* Als Rechtsgrundlage vgl. auch: Text der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel, der die Funktion einer Staatsverfassung zukommt. Verkündet am 14. 5. 1948, dem Vortag der Staatsgründung. (U. a. in: Willy Guggenheim: 30 mal Israel, München 1973. Piper & Co Verlag. S. 228 ff., insbes. Abs. 9, 13, 16) [Anm. d. Red. d. FR, im Originalbeitrag gekürzt].

und Golanhöhen, 1967 bzw. 1973 zum altisraelischen Territorium hinzukam. Diese leisteten der bestehenden Staatsobrigkeit den Treueid – den den Drusen ein Grundsatz ihrer Religion auferlegt –; dadurch sind sie berechtigt, von Israel einen Ausweis und notfalls einen Reisepass zu erhalten, ohne sich dennoch endgültig an die Staatsbürgerschaft zu binden.

d) Gazastreifen und Zisjordanien. Weder ist Israel aus demographischen Erwägungen heraus bereit, die zahlreichste arabische Bevölkerung ausserhalb seines Staatsgebiets in den Genuss seiner Staatsbürgerschaft zu versetzen, noch trägt sie selber irgendwelches Verlangen nach einer Einbürgerung: es geht hier um die dichte Besiedlung der Ortschaften und der immer mehr aufgelassenen Flüchtlingslager in Zisjordanien und im Gazastreifen. Dort bleiben also die Dinge beim alten: Jeder behält seinen Flüchtlingspass bzw. seinen Pass aus diesem oder jenem arabischen Land. Was bedeutet das aber für alle die, die an Ort und Stelle verweilen? Am Geschick eines evtl. für sie verantwortlichen Staates haben sie nicht teil und führen mit der Ausnahme von Gemeindewahlen, deren Wählerschaft bis zum Vorjahr das ursprüngliche arabische Gesetz äusserst beschränkte, eine so gut wie völlig *apolitische* Existenz...

e) Ausnahmen. Wer sich, selbst als bekennender Christ z. B. aus dem Westen, in Israel ansiedelt, darf nach 5 Jahren um die Einbürgerung ansuchen. Aus manchen europäischen Ländern sind strengere Verfügungen bekannt.

Im Zuge einer Zusammenführung der Familien wurden zu Tausenden Anträge genehmigt, über den Jordan geflohene Angehörige wieder in Zisjordanien und sogar im israelischen Staatsgebiet anzusiedeln. Ebenfalls ziehen Eheschliessungen oder Kindsadoptionen häufig eine Binnenwanderung zwischen den vier oben angesprochenen geographischen Gebieten nach sich. Es ist also nichts Unerhörtes, wenn sich derzeit Araber – und unter ihnen auch Christen – aus den »Randgebieten« im israelischen »Kernland« *ansiedeln*...

Vier Kriege ohne Aussicht auf einen Friedensschluss

Den [s. u. S. 81] erinnerten chronischen Zustand eines latenten, schon viermal heissen Krieges samt Terroristenanschlägen auf Zivilbevölkerung so zu schildern, »Israel... werde« »ausserpolitisch bedroht« (Z. 35–36), das heisse ich einen glatten Euphemismus. Falls die befragten Informanten wirklich »Regierungskreise« (Z. 33) oder auch israelische Bürger waren, so klingt darin doch deren Wehmut über den überraschenden, unter schweren Opfern militärisch gewonnenen und hernach politisch verspielten Oktoberkrieg nach. Dieser Staat hat vom ersten Tag an seinen Friedenswillen bekundet^{6a}; diese Bevölkerung wird daraufhin erzogen, den Frieden herbeizuwünschen – und immer noch steht er ausser Sicht...

Demographisches

... Trotz einer wahrscheinlichen Abwanderung in die Stadt gab es von 1968 bis Ende 1971 einen eindeutigen Bevölkerungszuwachs: nämlich *Kafr Kanna* von 4550 auf 5400 Seelen (= + 18,7 % für die Zeitspanne) und *Dabburiya* von 2590 auf 3100 (= + 19,7 %). Die muslimische Siedlung wuchs relativ schneller an als die christliche, dem allgemeinen Verhältnis zwischen dem Geburtenüberschuss beider Bevölkerungsteile entsprechend. Gibt dieser allein die Erklärung für den quantitativen Bevölkerungszuwachs ab, so beläuft er sich alljährlich zumindest auf 4,4 % in *Kafr Kanna* bzw. 4,6 % in *Dabburiya*; das fügt sich günstig in die auch seither fürs gesamte arabisch-israelische Siedlungsgebiet bekannten Ziffern ein. Eine solche Rate, für europäische Begriffe enorm, erklärt, wie eine äusserst zahlreiche schulpflichtige Jugend, als solche nicht produktiv am Werke, einer relativ geringen berufstätigen Bevölkerung zur Last fällt. Auch dieser Faktor, durch die Freistellung vom Militärdienst nur teilweise wettgemacht, will bedacht werden, wenn die *Entwicklungsrate* des arabischen Landesteils zur Frage steht. Zusätzlich wandern »vor allem... Intelligenz und... Facharbeiter« (Z. 3) ab, weil sie zugleich anspruchsvoller und beweglicher sind – und zwar bei Christen weit eher noch als bei Muslimen: Solche Auswanderer fügen also der wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung ihres eigenen Volkes den schwersten Schlag selber zu.

^{6a} Vgl. Anm. 6, insbes. Abs. 13, 16.

Welchen Gesamtüberblick vermitteln hierzu die trockenen Zahlen?

Christlicher Bevölkerungszuwachs

Des Staates Israel christliche Bevölkerung steigt ständig. Ende 1949, Mitte 1961 und Ende 1967 wurden Volkszählungen vorgenommen. Für weitere Jahrgänge gelten amtliche Erhebungen und Schätzungen.

1949 zählte Israel 34 000 Christen, gegen 83 000 Ende 1973. Letztere Angabe beinhaltet allerdings die 1967 mit Ost-Jerusalem (damals gegen 11 000) hinzugekommenen Christen⁷. Selbst unter Ausschliessung dieses Bezirks beläuft sich bei mathematischer Reduzierung der Zunahme auf eine beständige Jahresquote der alljährliche *Zuwachs* an christlicher Bevölkerung im altisraelischen Hoheitsgebiet auf mindestens 3,0 %: wieso dann »Heilige Stätten bald ohne Christen« (Titel und Z. 5)? Und was heisst dann »Auszug der Christen ... aus dem ... Staat Israel« (Z. 3-4, Hervorhebung vom Verf.)? Grobe Tatsachenverdrehung!

Erst nach einem halben Jahrzehnt britischen Mandats überstieg die Christenzahl im *gesamten* Mandatsgebiet ihren Wert fürs (kleinere) Israel, wie er sich schon vor zwei vollen Jahren ergab. Unter dem Mandat wanderten ja zahlreiche Christen ein: allein 1500 im Jahre 1934, fünfmal mehr als gleichzeitig Muslimen.

Z. Z. der jordanischen Besetzung hingegen besiedelten einerseits zahlreiche Muslimen (Ost-)Jerusalem. Andererseits verzeichnete zur selben Periode das statistische Jahrbuch Jordaniens für das gesamte Königreich einen alljährlichen *Auswanderungsüberschuss* von 0,4 %: von den Zehntausenden wird wohl ein beträchtlicher Teil aus der Christenheit der Jerusalemer Umgegend gestammt haben. Auch der Vergleich zwischen der jordanischen Volkszählung 1961 und der israelischen 1967 betrifft die Christen in Zisjordanien ergibt trotz stetem Geburtenüberschuss einen gewaltigen *Bevölkerungsrückgang*, der sich keinesfalls auf Flucht über den Jordan oder Kriegsverluste zurückführen lässt: 1961 wurden dort 45 900 Christen gezählt, 1967 nur mehr 38 400. Wird für die letzten sechs Jahre jordanischer Verwaltung ein (unterschätzter) Geburtenüberschuss von je 2,1 % angesetzt, so beläuft sich in derselben Zeit der Überschuss an Auswanderern auf 13 000 Menschen: eine Jahresrate von 5,4 %.

All das gerät für den KNA-Berichterstatte in Vergessenheit. Nach seiner These muss Israel, das Jahr für Jahr einen *Zuwachs* an christlicher Bevölkerung verzeichnet, eine vermeintlich weitaus schlimmere Auswanderung angelastet werden als jene aus Jordanien. Wo die Wahrheit liegt, steht offen zutage.

Im Sommer 1973 wurde ein Kenner der Lage, der Vertreter des Heiligen Stuhles, der Apostolische Delegat Mgr. P. Laghi, von seinem hiesigen Posten nach Argentinien berufen. Es hat den Anschein, sein Abschiedswort an die römisch-katholischen Hierarchen in Jerusalem sei gewissen kirchlichen Kreisen hierzulande nicht mehr einnehmlich: »Bedenken Sie«, sagte er, »dass die Kirche unter israelischer Regierung besser fährt als jemals unter jordanischer!«

Schulwesen, Schul- und Hochschulpolitik

Im Schuljahr 1972/73 war im arabischen Landesteil die schulpflichtige Jugend bei weitem noch unvollständig erfasst: 5 % der Knaben und 20 % der Mädchen besuchten die Schule nicht. Immerhin, wie schon angeführt, gingen dann 133 000 Kinder in die Schule – darunter 19 400

christliche –, und 5 300 Lehrkräfte standen zu ihrer Verfügung⁸. Im Vorjahr gab es 4 800 Lehrkräfte für 124 000 Schulkinder insgesamt: innerhalb eines Jahres stiegen jene also um 10,4 % an, diese bloss um 7,3 %. An Lehrseminaren für arabische Lehrkräfte studierten im Stichjahr 490 Schüler, im Vorjahr 390; der Anstieg beläuft sich auf 25,6 % ...

... Im Staatsgebiet betrug 1969 diejenige dem schulpflichtigen Alter entwachsene Bevölkerung, welche nie auch nur ein Schuljahr absolviert hatte, also der Anteil an Analphabeten bei Juden im Gesamtschnitt 10,1 %, bei Nichtjuden (also vornehmlich Arabern) 38,1 % der Altersklasse. Einer solchen Ausgangssituation, die kein Land sich wünscht, trägt m. E. die Schulpolitik in hervorragender Weise Rechnung ...

... An den hebräischen Hochschulen werden nicht allein Islamistik und Orientalistik, sondern auch arabische Sprache, Volkskunde und Literatur von jüdischen Fachkräften mit einem Ernst und einer Sachkenntnis doziert, die denen an arabischen Fakultäten keineswegs nachstehen. Arabisch-christliche Handschriften aus dem Mittelalter werden mit Sorgfalt verwahrt, mit ehrfürchtiger Liebe erforscht. Immer selbstverständlicher gilt das Arabische als die zweite Landessprache. Unterrichtet wird es allerdings in hebräischen Schulen – wie auch die hebräische Sprache im arabischen Schulwesen – erst nach einer Weltsprache wie dem Englischen ...

1950 soll es im Lande Israel genau 10 arabische Akademiker gegeben haben. Hingegen brachten 1961–1971 allein an *israelischen* Universitäten 315 Araber ihr Studium zu einem erfolgreichen Abschluss. 1970 besuchten daselbst 545 arabische Studenten die Universitäten, knapp 1000 im Schuljahr 1972/73. Die Zahlen steigen an; so gering sind sie gar nicht.

Etwa die Hälfte der 315 erwähnten, voll ausgebildeten Akademiker verfolgte eine humanistische Laufbahn; 26 % studierten Naturwissenschaften, 15 % wählten Jura, 5 % wandten sich Sozialwissenschaften zu, usw. ...⁹

Laut KNA-Bericht (Z. 3) neigt die arabische Intelligenz dazu, das Land zu verlassen. Anscheinend doch nicht deshalb, weil an Ort und Stelle kein Berufsleben gefragt, möglich und einträglich wäre.

Vollends ist es geboten, mit einem Ausdruck wie »Numerus clausus« präziser umzugehen als der Bonner Bericht, vielleicht gar als der heutige Sprachgebrauch in der BRD.

»Numerus clausus« heisst im eigentlichen Sinne, wie er zumal Juden aus manchen Staaten der Vergangenheit und der Gegenwart in bitterer Erinnerung verbleibt: »gesperrte Quote« ..., z. B. die nach Geburtsstaat willkürlich verteilte Einwanderungsquote in die USA; ebenso der Aufteilungsschlüssel unter innersowjetischen »Nationalitäten«, der, nach Willkür veränderlich, in der Sowjetunion die Aufnahme von Mittel- und Hochschülern planmässig festsetzt ... So etwas ist in *Israel unbekannt*.

Einzelberichte bezeugen sogar das Gegenteil: Bei Platzmangel wird oft dem gleichbegabten Araber vor dem Juden der Vorzug gegeben. Um wieviel harmloser als jener »Numerus clausus« und keinesfalls »diskriminierend« (Z. 22) ist doch die Praxis, wie sie auch an westlichen Universitäten besteht ...

Probleme eines bekriegten Landes

Der Staat Israel kann sich eine weitgehende Freiheit der arabischen Presse in Ost-Jerusalem leisten: Ich bin nicht

⁸ Vgl. auch o. S. 79 (Anm. d. Red. d. FR).

⁹ Vgl. Ergebnisse einer Untersuchung, veröffentlicht Anfang 1974 vom Forschungsinstitut »Siloe« der Universität Tel Aviv, die sich mit der akademischen Bildung israelischer Araber befasst.

⁷ Vgl. Übersicht der Christen in den unter israelischer Jurisdiktion stehenden Gebieten, in FR XIX 1967, S. 62 (Anm. d. Red. d. FR).

sicher, dass heute in der BRD eine politische Tagespresse sich gleichermassen staatsfeindlich ausdrücken dürfte . . . Ein eindeutig erwiesener rapider Zuwachs an arabischen Lehrkräften sieht seinerseits nach allem aus, bloss nicht nach einer im Sinne von Z. 24–25 politisch gesteuerten Auslese derselben durch israelische Vormünder. Ob (wie ebd.) »Lehrer für die arabische Minderheit« nicht »nach ihrer Leistung« (!) »ausgesucht« werden (vgl. u. a. dazu¹⁰)? Geschähe es in einem gewissen Ausmasse, so entspräche es einem Gesamtkonzept, das auf schultechnischen Erwägungen, nicht aber auf irgendwelchem kurzsichtig politischem Egoismus jüdisch-israelischer Planer fusst.

Einzelnes zur Wirtschaftspolitik

. . . Ausserst bedacht auf das Wohl der Minderheitsbevölkerung in Ost-Jerusalem und auf ihre berechtigten Ansprüche, insbesondere was die Christen angeht, ist die Jerusalemer Stadtverwaltung unter Bürgermeister *T. Kollek*. Für sie war es, sobald Ost- und Weststadt keine Mauer mehr künstlich voneinander trennte, selbstverständlich, Ost-Jerusalem an der Wasserversorgung der Weststadt Anteil haben zu lassen sowie den östlichen Stadtteil ans Lichtstrom- und ans Telefonnetz anzuschliessen (vgl. Z. 20). Die Zisternen der Oststadt finden allenfalls noch in Dürrejahre Verwendung. Solches vermochte eine Gemeindeverwaltung. In einem Land, dessen inneres Gefüge sich seit eh und je auf Ortsgemeinden aufbaut, kann das Beispiel anstecken . . .

Kurz gesagt: Auf dem Gebiet der Wasserversorgung wie auch auf anderen bedarf noch manches in Israel weiterer Entwicklung. In der schon mehrmals betonten Situation der gegenseitigen Angewiesenheit sind jedoch Misstrauen und Irreführung durch allzu billige Fehlinformation denkbar unangebracht.

Der KNA-Bericht erwähnt in diesem Zusammenhang weiterhin (Z. 21–22), »Hilfe, die Israel aus dem Ausland erhält, (werde) gezielt nur jüdischen Siedlungen vermittelt«. Das stimmt wohl im allgemeinen; dennoch weiss ich von drei bedeutenden anonymen jüdischen Spenden in den allerletzten Jahren, die »gezielt« für die Förderung arabischer Siedlungen bestimmt waren, zwei davon allerdings ausserhalb des altisraelischen Staatsgebietes.

Eines bestätigt jedermann, der die Möglichkeit hat, mit unbefangenen Auge aus eigener Anschauung arabische Dörfer untereinander zu vergleichen, nämlich solche jenseits der Grenzen, mit Dörfern etwa in Zisjordanien und den galiläischen: deren Entwicklungsstand steigt in derselben Reihenfolge steil an.

Bezüglich der Gebiete Zisjordanien und Gazastreifen wird übrigens gemeldet, dass dort zwischen 1968 und 1971 das privat verfügbare Kapital im Schnitt um 47,6 % anstieg; das bedeutet eine alljährliche progressive Rate von + 13,8 %. Derzeit lässt sich in Zisjordanien wie im arabischen Galiläa eine rege Bautätigkeit beobachten: ohne eine wirtschaftliche Entwicklung wäre sie nicht denkbar.

Alltägliches Zusammenleben

. . . In Israel sind einerseits die Rechtsverhältnisse eher dazu angetan, Minderheiten in ihrer Eigenart zu fördern und nicht zu hemmen. Andererseits trägt in hohem Masse nicht allein der Behörden Gesamtplanungskonzept, son-

dern auch die allgemeine Praxis im Lande den Minderheitsbevölkerungen oft grosszügig und weit ausholend Rechnung . . .

Begrenzte Auswanderung und ihre Gründe

. . . Oben [s. o. S. 80 f.] wurden demographische Daten für Christen angeführt. Hat es damit seine Richtigkeit, so treffen zwei einander zuwiderlaufende Faktenreihen zu. Einmal erstarkt die örtliche Christenheit jedes Jahr um ganze 3 % wegen Rück- und Zuwanderung sowie natürlicher Vermehrung. Zum anderen lässt sich abschätzen, dass alljährlich mehrere Hundert Christen einzeln oder mit ihrer Familie den Weg der Auswanderung einschlagen.

Vergleichsweise halten sich etwa 90 000 jüdische Israelis, d. h. 3 % der jüdischen Bevölkerung des Landes, dauerhaft im Ausland auf oder können als Auswanderer gelten¹¹ . . .

Auswanderung als eine *endemische* Erscheinung für das gesamte östliche Mittelmeerbecken ist zumindest seit dem Jahre 1830 literarisch belegt. Zu den auch heute noch ins Gewicht fallenden wirtschaftlichen Beweggründen treten zweierlei weitere Veranlassungen, die Christen zur Auswanderung anreizen; beide treffen für die ganze bezeichnete Periode zu.

1. Einmal suchten diese Region schwerste politische Erschütterungen und bittere Kriege andauernd heim. Weder die an Schwäche zugrunde gehende osmanische noch die für örtliche Auseinandersetzungen unempfindliche britische Obrigkeit konnte blutige Ausschreitungen gegen Minderheiten verhindern, wie sie sich immer häufiger auf solchem Hintergrund einstellten: so schon im 19. Jahrhundert die Massaker von maronitischen Christen durch Drusen und z. T. Muslimen; oder im frühen und mittleren 20. Jh. die bis zu Mordüberfällen fanatisierte Weigerung von Muslimen, anderswo verfolgten oder vertriebenen jüdischen Menschen die ihnen international zuerkannte Heimstätte zu gönnen . . . Solche Mächte, die hier ihren Einflussbereich suchten, unterhielten mit verschiedenen Mitteln derlei interne Spannungen . . .

Unter solchen anhaltenden, widrigen Umständen trägt sich auch eine nicht unmittelbar betroffene Minderheit mit Auswanderungsgedanken, weil sie kollektiv oder persönlich in die feindselige Auseinandersetzung zwischen Arabern (d. h. mehrheitlich Muslimen) und nationalbewussten Juden mithineingezogen wurde. Immerhin leben heute an den Heiligen Stätten trotz den politischen Umständen libanesische Ordensschwestern, ägyptische Mönche, irakische Nonnen u. a. m. Diese Bürger feindlicher Länder gehen daselbst, von Israel ungestört, unbebelästigt, nicht interniert, in Frieden ihrer Berufung nach . . .

Israel legt weder der Ausübung der christlichen Religion mit ihren öffentlichen Feierlichkeiten, noch der selbständigen Verwaltung ihrer Gemeinschaften, der Organisation ihres inneren Gefüges sowie ihrem Selbstausdruck im öffentlichen Leben das geringste in den Weg . . .

Eine ausgesprochen *religiös* bedingte Veranlassung, auszuwandern, besteht also für einen hiesigen Christen nicht vom Verhalten der jüdischen Minderheit her . . .

Ebenfalls selten erfolgt die Ausweisung von arabisch-israelischen Bürgern aus dem Lande. Etwa bis 1971 hingegen wurden häufig Araber aus den bloss verwalteten Landstrichen ausgewiesen. Die Massnahme wird mit dem Verdacht antiisraelischer Betätigung begründet, sie trifft bei weitem nicht immer Christen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle bereiten sich Christen längere Zeit auf eine *freiwillige* Auswanderung vor.

Derselbe Zusammenhang eines Konfliktes zweier Völker veranlasst auch Geistlichen und westlichen »Christen« gegenüber ein gewisses Misstrauen aus »Sicherheitsgründe(n)« (vgl. Z. 45). Bei der Einreise wollten z. B. einige Europäer Palästinenserfreischärlern Botschaften oder gar Sprengstoff übermitteln. Insbesondere nützte ein hier amtierender Erzbischof seine quasidiplomatische Immunität am libanesischen Grenzübergang Woche für Woche dazu aus, in seinem geräumigen Pkw eine Ladung voll leichte und mittelschwere, für Attentate gegen Zivilbevölkerung bestimmte Schusswaffen ins israelische Staatsgebiet einzuschmuggeln . . . [vgl. zum »Fall Capucci« FR XXVI, 1974, S. 83 ff.].

2. Mit dem Wettkampf der Kolonialmächte fiel auch zeitlich die Neuankunft europäischer Kirchenorgane und -gemeinschaften zusammen. Paradoxerweise trägt sie für eine verstärkte Christenauswanderung

¹¹ Andere Gründe: u. a. Die Eingliederung von Emigranten in eine neue Umwelt begleiten genügend Schwierigkeiten, sowie besondere Umstände, die in Israel jede Auslandsreise noch stärker als sonstwo belasten.

¹⁰ Die israelische Erziehungsbehörde lässt dennoch auch angesichts der Sachlage Übergangslösungen zu oder fördert solche: Studium an ausländischen Hochschulen, und sei es in Moskau; – für Ost-Jerusalem ein israelische Landes- und Bürgerkunde mit den Erfordernissen der transjordanischen Reifeprüfung verbindendes Mittelschulprogramm; – für Abiturienten im Gazastreifen Korrektur und Anerkennung ihrer Reifeprüfung durch das ägyptische Lehrwesen; – daran anschliessendes Studium an arabischen Universitäten im Feindesland; u. a. m.

eine nicht unerhebliche Mitverantwortung. Diese im Lande neuen Kirchen schwächten die örtlichen durch entfremdende Abgewinnung von Gläubigenscharen. Sie genossen den politischen Schutz ausländischer Staaten und vergeudeten daher viel Energie mit nationalem Konkurrenzkampf. Bei persönlich bestmöglicher Absicht bildeten sie nicht im geringsten eine örtliche Elite heran; wohl aber richteten deren mildtätige Institutionen der Einheimischen Blick nach der Fremde aus, indem sie die Ansprüche der ihnen Anvertrauten über das Landesniveau hinaushoben: der Drang, dieses Land zu verlassen, erfuhr somit immer neuen Antrieb.

Die zahlenmässig durchaus bescheidene Auswanderung von »Christen« aus Israel zu leugnen, wird niemandem einfallen; aus ihr aber diesem Staat einen Strick zu drehen, als trage er dafür die Hauptverantwortung, und Sturmglöcken zu läuten, als lebte bald kein einziger Christ mehr hierzulande, ist schlichtweg unvertretbar . . .

Gleichberechtigung

Den Weg der Auswanderung wählen heisst, das Problem ein für allemal radikal lösen. Gleichberechtigung hingegen, zugleich gewährt und erworben, verpflichtet zwei Gemeinschaften zu einem immer neuen Werdegang im Vertrauen auf *gegenseitige* Anerkennung. Der Berichterstatter gibt zu, einen solchen Vorgang behindern v. S. der »Juden« nur »einzelne« Handlungsweisen »Arabern« gegenüber (Z. 43–44), denen hier denn auch nachgegangen wird.

»Wenn ein Araber« oder ein arabisches Dorf »auf seine Rechte hinweist« (Z. 46, Hervorhebung d. Verf.), so lassen sich genügend nichtkonformistische jüdisch-israelische Mitbürger finden, die ihm entweder, wenn es ihnen obliegt, sein Recht gewähren oder bereit sind, es in aller Öffentlichkeit nachhaltig und lautstark zu vertreten, bis es sich durchsetzt . . .

Leider hat sich der israelische Gesetzgeber britischer und frühisraelischer Notstandsverfügungen noch nicht entledigt, die selbst Organen der Staatsgewalt absurd vorkommen. Zum Teil ermöglichen sie ohne stichhaltige Begründung vom Gemeinwohl her Eingriffe in Grundbesitz und Siedlungsrecht, die Araber besonders schmerzhaft empfinden. Es steht zu hoffen, dass diese unnötige Anomalie in Bälde verschwindet . . .

Gerade im Zusammenhang mit militärischen Sicherheits-erwägungen (vgl. Z. 45) liegt jedoch bei der Durchführung eines bestimmten Gesetzes zwischen Vorschrift und Praxis ein Abstand vor, dessen Auswirkungen für Araber und zumal Christen auch Positives an sich haben, z. B. bei der Militärdienstpflicht . . . Manche Staaten erkennen von Gesetzes wegen eine ethisch motivierte Verweigerung des Militärdienstes an, so auch Israel im gewissen Ausmass; dass dieses Land darüber nicht hinausgeht, erklärt sich aus seiner stets bedrohten Lage heraus. Das israelische Gesetz verpflichtet jeden Bürger zum Waffendienst; trotzdem werden Araber, und mit ihnen Christen, nicht einberufen. Das geht so weit, dass nicht arabische, dienstwillige christliche Israelis sich eigens bemühen müssen, um im Heer Aufnahme zu finden. Diese Ausnehmung von der allgemeinen Pflicht ist erklärlich: Der Staat scheut davor zurück, Araber mit Aufbau und Geheimnissen seines Verteidigungsheeres eigenhändig vertraut zu machen, weil in bezug auf sie eher als auf jüdische Staatsbürger angenommen wird, sie könnten selbst wider Willen in Lagen versetzt werden, in denen sie das Erfahrene preisgeben müssten. Der Ausgangspunkt dieser Annahme trägt weniger »Diskriminierend(es)« an sich als einzelne »Auswirkungen« (vgl. Z. 22) der daraus folgenden Ausnehmung: an manchen Arbeitsstätten wird Inhabern des Militärbüchleins – also vor zum Teil christlichen Arabern – der Vorzug gegeben. Bei akademischen Berufen gilt das aber keineswegs (s. o. S. 81) und in entsprechender Weise

auch wohl kaum bei den meisten qualifizierten Anstellungen: auf diesem Gebiet spielen »Sicherheitsgründe« (Z. 45) nicht einmal in der hier zur Sprache stehenden entfernteren Ableitung eine Rolle, die für Auswanderung von »Intelligenz und . . . Facharbeiter(n)« (Z. 3) massgeblich ins Gewicht fiel.

Die soeben dargestellte Ausnehmung von der Militärdienstpflicht befreit der betroffenen Araber eigenes Gewissen vom schmerzlichen Konflikt einer doppelseitigen Loyalität (vgl. Z. 48–49): das ist in der Tat zu begrüssen . . .

Wäre für *christliche* Araber keine weitere Lektion zu ziehen? Sollten hiesige Christengemeinschaften ihre arabischen jungen Leute nicht zu einer neuen Haltung auffordern? Der Ausfall der militärischen Dienstpflicht für sie befreit ja nicht bloss ihr eigenes Gewissen. Er eröffnet ihnen eine Möglichkeit des christlichen Zeugnisses etwa in der Weise, dass sie sich frohen Herzens und freiwillig eine Zeitlang für einen *Friedensdienst* bereitstellen . . . Ein solcher ehrlicher Friedensdienst wäre am besten hier an Ort und Stelle zu versehen. Er würde in jüdischen Augen hervorragenden Beweis für die »Loyal(ität)« der »im Land lebenden Araber« (Z. 48) erbringen und verhüten, dass man im Anschluss an Attentate u. dgl. automatisch und als erste Araber, sogar Christen, verdächtigt, verhaftet, manchmal unliebsam verhört.

Aus Z. 43 des KNA-Berichtes geht nicht eindeutig klar hervor, welche »friedliche(n) Beziehungen« von den dort aufgestellten Bedingungen abhängig gemacht werden. Analytisch lassen sich drei Wirkungsfelder auseinanderhalten: »Beziehungen zwischen« jüdischen und arabischen Einzelpersonen; »zwischen« der Judenschaft und der arabischen Minderheit als Kollektive; »zwischen« dem Staat der »Juden« und den »arab(ischen)« Nachbarstaaten. Vermutlich meint der Berichterstatter in verschiedenem Ausmass alle drei Dimensionen; jüdischerseits ist man sich hier ihres Ineinanderverflochtenseins durchaus bewusst, und man versucht ständig da einzuwirken, wo es möglich erscheint, bessere Beziehungen zu erzielen.

Eine schon vor dem Sechstagekrieg vorbereitete, bald hernach veröffentlichte Arbeit setzt sich kritisch mit der Vorstellung vom arabischen Mitmenschen auseinander, wie sie die damaligen hebräischen Kinderbücher vermittelten. Als die israelische Judenschaft im täglichen Leben plötzlich dreimal mehr Arabern als zuvor begegnete, verhalf die Schrift Verlegern, Schriftstellern, Graphikern und Erziehern dazu, ihre Verantwortung bewusster wahrzunehmen.

Eigens gebildete Gruppen streben auf den verschiedensten Ebenen die Annäherung zwischen beiden Bevölkerungs-teilen an und sind um die Verbesserung der Beziehungen tatkräftig bemüht. Auch zahlreiche bewegende Einzel-taten gibt es. Ein Beispiel mag hier für viele stehen:

In israelischen Krankenhäusern werden mit grösster Selbstverständlichkeit und immer wieder Schwerkranke aus arabischem Nachbarland, deren Spezialfall kein dortiges Krankenhaus behandeln konnte, von prominentesten Chirurgen und Ärzten operiert oder gepflegt. Gebessert oder wiederhergestellt werden sie in die Heimat entlassen. Bei dringlichsten Fällen fliegt ein Rot-Kreuz-Flugzeug den Patienten von drüben an. Normen der Grenzkontrolle und der Absicherung weichen der Menschlichkeit . . .

Nicht die Einzeichnung der völkischen Zugehörigkeit in den Reisepass eines Bürgers (vgl. Z. 50) macht es aus, ob Diskriminierung vorliegt oder nicht; wohl aber die Art und Weise, wie er und seine Volksgruppe von Gesetzes wegen, von der Behörde, in der Öffentlichkeit und von

Mensch zu Mensch behandelt werden. Bei genauerem Zusehen haben sich die israelischen Rechtsgrundsätze, die Entwicklungs- und Schulpolitik, sogar die landesübliche Kartographie¹², von Akademikerbildung und praktischem Zusammenleben ganz zu schweigen, völlig anders – nämlich erheblich günstiger – dargestellt, als der KNA-Bericht es glauben machen wollte. Dass auf so manchem jener und anderer Einzelgebiete die Entwicklung des Landes für all seine Bevölkerungsteile noch im Fluss steht, soll nicht geleugnet werden. Für das Wohl der hiesigen »Araber« und das bessere gegenseitige Verständnis sollten an Ort und Stelle Informierte, geistliche Führer und öffentliche Körperschaften der »christlichen Araber« selber weitblickend oben bezeichnete Initiativen ergreifen. Bei der religiösen Unterweisung von Jugend und Erwachsenen hat manches mutig von vorne angefangen zu werden. Weder nimmt Abwanderung von (soziologischen) Christen überhand, noch kann sie schlichtweg Israel angelastet werden. Schlecht beraten war die KNA, ihren Bericht mit politisch gefärbten Darstellungen zu durchsetzen. Israel kann mit Unterdrückerregimen nicht einmal in einem Atemzug genannt werden; Stichwörter wie Diskriminierung und Numerus clausus sind missverständlich, irreführend, ungerecht. Die Tatsachen erweisen vielmehr eine bewusste und stets wachsende Beachtung v. S. der jüdischen Mehrheitsbevölkerung der im Lande lebenden Minderheiten gemäss ihrer je verschiedenen Eigenart.

Die hiesige Christenheit aber hat einen Auftrag wahrzunehmen. Solange es Grossmächten passen wird, dieser Region den politischen Frieden vorzuenthalten, müssen einstweilen *beide* Völker, und vornehmlich die Christgläubigen unter ihnen, es lernen, einander immer grösseres *Vertrauen* zu schenken. Politik der Macht und der Gewalt pfeift ein altes, abgedroschenes Lied: Rufen wir doch die Christen des Heiligen Landes zu solcher Politik auf, die Verheissungen trägt – zur *Politik der Bergpredigt!*

¹² Diesbezüglicher im Originalbeitrag enthaltener Text hier aus Raumgründen nicht enthalten (Anm. d. Red. d. FR).

Arabische Christen in Israel:

Hilfe zur Selbsthilfe

Unter diesem Titel sandte der KNA-Informationsdienst der Redaktion des FR zu dem obenstehenden Bericht von Gabriel Grossmann OP nachfolgende Stellungnahme, die im KNA-Informationsdienst Nr. 16/17 vom 15. 4. 1976, S. 10, abgedruckt ist (D. Red. d. FR).

Ein ausserordentlich breites und zum Teil kritisches Echo hat der Bericht »Heilige Stätten: Bald ohne Christen?« im KNA-Informationsdienst (ID) vom 22. Januar 1976 gefunden. In diesem Beitrag kamen kritische Stimmen aus arabisch-christlichen Kreisen in Israel zu Wort, die unter Hinweis auf soziale Probleme bis hin zu Vorwürfen der Diskriminierung betonten, dass es Zeit sei, nicht nur die Heiligen Stätten zu pflegen, sondern auch die Christen zu unterstützen, die in diesem Lande leben. Unsere Informationen gehen teilweise auf den Generalvikar der melkitisch-katholischen Erzdiözese Galiläa, Elias Chacour, zurück, der entsprechende Forderungen inzwischen auch öffentlich erhoben hat.

Zu dem auf seinen Feststellungen und zahlreichen weiteren Quellen beruhenden Bericht (ID Nr. 180 vom 22. Januar 1976) hat inzwischen P. Gabriel Grossmann OP, Theologe und Historiker des St.-Jesaja-Hauses in Jerusalem, auf ausdrücklichen Wunsch von Frau Dr. Gertrud Luckner, Mitherausgeberin und Schriftleiterin des »Freiburger Rundbriefs« – Beiträge zur christlich-jüdischen Begegnung, sowie des KNA-Informationsdienstes – eine ausführliche Stellungnahme (22 Seiten) abgegeben, in der die Verhältnisse im Hl. Land aus israelfreundlicher Sicht

beleuchtet werden. Den in dem kritisierten ID-Bericht referierten Ansichten hält P. Grossmann u. a. folgendes entgegen:

– Zur Frage der Hilfe aus dem Ausland für die vor allem in Galiläa lebenden Christen arabischer Nationalität und israelischer Staatsbürger ist zu sagen, dass zwar qualifizierte Fachkräfte und Geldmittel nötig sind; offensichtlich aber wurde die Möglichkeit der Selbsthilfe der Kirchen auf örtlicher Ebene vergessen. Dabei verfügten die grössten unter ihnen, so die römisch-katholische lateinischen und griechischen Ritus, die griechisch-orthodoxe und die armenisch-gregorianische (zusätzlich zu den Heiligen Stätten und deren Einkünften) über den grössten Grund- und Mietshausbesitz im Lande. Es ist zu fragen, ob diese Kirchen sich nicht von einem Teil dieses Besitzes zugunsten der Armen trennen und so mit dem II. Vatikanischen Konzil ernst machen sollten.

– Die *Gesamtzahl* der Christen – ohne die 11 000 Christen aus Ost-Jerusalem – wächst (im ID-Bericht waren bei der Frage der Abwanderung von Christen vor allem die einheimischen arabischen Christen angesprochen): 1949 gab es in Israel 34 000 Christen, gegen Ende 1973 waren es 83 000; der jährliche Zuwachs liegt bei rund 3 Prozent. Wenn die Auswanderung von Christen angeprangert wird, müssen in erster Linie Fragen an Jordanien gestellt werden: 1961 gab es in Zisjordanien 45 900 Christen, 1967 aber nur noch 38 400.

– Bei der Klassifizierung von Arabern (Klassifikation 2 im Reisepass) handelt es sich um die »Einzeichnung einer völkischen Zugehörigkeit«, aus der sich keine Diskriminierung herleiten lässt. Entscheidend ist, wie der einzelne bzw. seine Volksgruppe von den Behörden, von der Öffentlichkeit und von Mensch zu Mensch behandelt wird. »Israel kann mit Unterdrückerregimen nicht einmal in einem Atemzug genannt werden.«

– Für den Schulbetrieb im arabischen Landesteil kann dem Staat Israel nicht die ganze Verantwortung angelastet werden. Im Schuljahr 1972/73 besuchten im arabischen Landesteil noch 5 Prozent der Jungen und 20 Prozent der Mädchen die Schule nicht; unter den 133 000 Kindern, die die Schule besuchten, waren 19 400 christliche. Insgesamt ist die schulische Erfassung der »Christenkinder angesichts der geringeren Kinderzahl der Familien besser als die der nichtchristlichen arabischen Bevölkerung«. Innerhalb eines Jahres stieg auch die gesamtarabische Schülerzahl fast um das Doppelte des Geburtenüberschusses. Im übrigen kann auch auf schulischem Gebiet durch Selbsthilfe vieles verbessert werden. Wenn die Qualität der arabischen Schulbücher kritisiert wird, dann muss auch auf das nicht immer sehr hohe Niveau der hebräischen Schulbücher hingewiesen werden.

– Dem Vorwurf werden folgende Zahlen entgegengehalten: 1950 soll es in Israel insgesamt zehn arabische Akademiker gegeben haben. Dagegen brachten von 1961 bis 1971 allein an israelischen Universitäten 315 Araber ihr Studium zu einem erfolgreichen Abschluss. 1970 besuchten 545 arabische Studenten die Universitäten; 1972/73 waren es bereits knapp 1000.

Grossmann schliesst seine Stellungnahme mit folgenden Worten: »Solange es Grossmächten passen wird, dieser Region den politischen Frieden vorzuenthalten, müssen einstweilen beide Völker, und vornehmlich die Christgläubigen unter ihnen, es lernen, einander immer grösseres Vertrauen zu schenken. Politik der Macht und der Gewalt pfeift ein altes, abgedroschenes Lied: Rufen wir doch die Christen des Heiligen Landes zu solcher Politik auf, die Verheissungen trägt – zur Politik der Bergpredigt!«